

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 67 (1988)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Feine Herren mit schmutzigen Händen  
**Autor:** Hubacher, Helmut  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-340655>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Das parlamentarische Umfeld unserer Fraktion steht selbstverständlich überwiegend in Achtungstellung stramm: Denken verboten, Fragen zur Sache unerwünscht. Die Fraktion fragt trotzdem: Was bedroht uns denn eigentlich? Sind es immer noch «die Russen»? Denn *diese* Bedrohung lassen wir uns mit Abstand am meisten kosten, nämlich allein den Bund im Jahre 1988 um die 5 Mia. Franken.

Wir alle wollen, im Einklang mit unserem Parteiprogramm, dieses Land verteidigen, sonst brauchten wir uns politisch gar nicht darum zu kümmern. Verteidigen vor was, fragen wir uns aber in der Fraktion. Und da fällt die Antwort der SP sehr deutlich anders aus, als diejenige der bürgerlichen Fraktionen. Die militärische Bedrohung ist für uns *eine* unter anderen Bedrohungen.

Die Bedrohung unserer *Lebensgrundlagen* können wir weder «den Russen» anlasten noch mit Panzern oder High-Tech-Flugzeugen bekämpfen.

Die Armee kann nicht helfen, wenn der Wald stirbt. Für solche Gefahren fehlt ihr das Abwehrdispositiv. Aus Aussagen der obersten Militärhierarchie in letzter Zeit geht aber klar hervor, dass sie für sich das Exklusivrecht pachten will, festzulegen, was unter Sicherheitspolitik zu verstehen sei und was nicht.

Wir lassen uns aber nicht von den letzten kalten Kriegern, welche «Glasnost» und «Perestroika» fürchten wie der Teufel das Weihwasser, vorbeten, was wir unter der Bedrohung dieses Landes zu verstehen haben.

Dieses Ansinnen lehnen wir strikte ab, und unter anderem auf *dieser* Basis wird die Fraktion in den nächsten Jahren ihre Militärdiskussionen führen.

Das ist es, was die Fraktion umtreibt. Wir sind nicht nur das soziale, sondern seit langem auch

das ökologische Gewissen der Bundesversammlung. Unsere Arbeit kann aber nur Wirkung haben, wenn sie von der Partei erdacht, unterstützt und getragen wird.

Allen Genossinnen und Genossen in den Sektionen und Kantonalparteien, unserem Zentralsekretariat und unserem Frak-

tionssekretariat danke ich im Namen von allen Fraktionsmitgliedern für ihr Mitdenken und Mittragen ganz herzlich. So ist es uns trotz allem möglich, mit viel politischer Lust weiterzukämpfen, zwar nicht hundert Jahre, aber sicher noch die drei Jahre bis zu den nächsten Wahlen.

---

## Feine Herren mit schmutzigen Händen

Von Helmut Hubacher, Präsident der SPS

---

Im November ist wieder ein Fall bekanntgeworden, dass über Schweizer Banken wahrscheinlich im grossen Stil «schmutzige» Gelder aus dem dreckigen Drogengeschäft «gewaschen» worden sind. Damit wird eine langjährige Spezialität hiesiger Grossbanken bestätigt. Neu ist die Dimension in Milliardenhöhe.

Im Buch «Schmutziges Geld und wie man es reinwäscht», Desch Verlag München 1976, halten die beiden amerikanischen Autoren T. Clarke/J.J. Tigue u.a. folgendes fest: «Durch doppelte Rechnungstellung, Kuriere, schweizerische Bankanwerber, Fernschreiben, Telegramme und Geldanweisungen fliesst ständig schmutziges Geld in die Schweiz oder in andere Länder, wo es spurlos hinter dem Schutzwall des Bankgeheimnisses verschwindet... Diese Gepflogenheiten und das gesetzlich geschützte Bankgeheimnis haben die Schweiz zum Finanzzentrum der Männer des schmutzigen Geldes gemacht. Trotz aller Konkurrenz bleibt die Schweiz für sie immer noch das bevorzugte Land.»

Der von der Tessiner Staatsan-

waltschaft aufgedeckte Drogen-geld-Waschhandel weist eine staatspolitische und eine personelle Komponente auf.

Staatspolitisch wird die Situation für das Rotkreuzland Schweiz immer unerträglicher. Die Schweiz wird nicht durch die Tatsache an sich belastet, dass schmutziges Geld eine helvetische Waschanstalt sucht. Das ist in der auf schnellen Gewinn ausgerichteten westlichen Gesellschaft leider längst ein Kundendienst geworden. Die Schweiz ramponiert ihren Ruf als seriösen Finanzplatz deshalb, weil sie dem kreditschädigenden Unwesen einiger Grossbanken beinahe tatenlos zuschaut. Aktiv wurden die bürgerlichen Mehrheitsparteien und ihre Repräsentanten nur, als es galt, die sozialdemokratische Bankeninitiative auf Teufel komm raus zu bekämpfen. Mit der Bankeninitiative hätten Missbräuche mit dem Bankgeheimnis bekämpft, hätten schmutzige Gelder aus dem Ausland ferngehalten bzw. auskunftspflichtig deklariert werden sollen. Soviel «Glasnost» wurde als angeblich unzumutbare Auflage für den Finanz-

platz Schweiz diffamiert. Die Bürgerlichen begnügten sich daher, mit der von der Schweiz-Bankiervereinigung nach dem «Chiasso-Bankskandal» angebotenen Ersatzlösung, nämlich mit einer «Sorgfaltspflicht-Vereinbarung» der Banken, freiwillig auf schmutzige Geldgeschäfte verzichten zu wollen. Soviel Lustverzicht musste bei der enormen Potenz der Geldmänner schießen. Die «Sorgfaltspflicht-Vereinbarung» war primär ein politisches Valium für die eigene und weltweite Öffentlichkeit. Die von den Banken freiwillig eingegangene Keuschheit hat die Impotenz des Staates zum Ziel. Und dieses Ziel

wurde erreicht. Nun aber hat die Kreditschädigung des Staates Schweiz ein Ausmass angenommen, das nicht mehr akzeptiert werden darf. Es gibt keinerlei einsichtige Gründe mehr, den fixfertig ausgearbeiteten Gesetzesentwurf gegen die Geldwässcher weiterhin zu schubladisieren. Auf den Parlamentstisch damit!

Mit dem neuesten Drogen-Waschgeld-Fall sind auch personelle Turbulenzen ausgelöst worden. Der merkwürdig oft auftauchende Name Hans W. Kopp im Zusammenhang mit nicht auf den ersten Blick erkennbarer Erstklassqualität seiner Geldgeschäfte findet seinen

Niederschlag im politischen Kalkül. Die SPS hält es vorläufig nicht für angebracht, politische Ratschläge zu erteilen. Die betroffene Partei und ihre Bundesrätin befinden sich jedoch nicht in einer komfortablen Situation. Die SPS läuft daher nicht auch noch mit der Ölkanne herum, um Öl ins politische Feuer zu gießen. Die Beteiligten wissen im übrigen selber, dass noch so stramme Solidaritätserklärungen keinen Normalzustand, sondern eher eine Notlage signalisieren. Zuviele Solidaritätsadressen können zudem für den Empfänger bzw. für die Empfängerin gefährlich werden.

*Treffen der europäischen Sozialisten in Berlin*

# Die Herausforderung Europa und der demokratische Sozialismus

*Eine gemeinsame Erklärung*

Anfang November haben sich in Berlin die Führerinnen und Führer der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaft und der EFTA-Mitgliedstaaten zum Thema «EG-EFTA – gemeinsame Zukunft 1992» getroffen. Gemeinsam wurde die nachfolgend abgedruckte Erklärung verabschiedet. Diese Erklärung wurde von der Konferenz vorbereitet. Sie enthält deshalb wenig von der allgemeinen politischen Stimmung an diesem Treffen, an dem auch Parteipräsident Helmut Hubacher und die Vizepräsidentin der SPS, Heidy Deneys, und Zentralsekretär André Daguet teilgenommen haben.

## Einleitung

Europa wandelt sich. Die Beziehungen zwischen den Nationen in verschiedenen Teilen Europas werden besser. Umfassende Zusammenarbeit zwischen den Demokratien Westeuropas, insbesondere zwischen den EG-Mitgliedstaaten und jenen in der EFTA, entwickelt sich zügig weiter.

Die Führer der demokratischen sozialistischen Parteien glauben fest an die Zukunft Europas.

Die Situation heute ist eine Herausforderung. Im Innern haben wir es mit wachsender Arbeitslosigkeit und alarmierender Umweltzerstörung zu tun. Außen sehen wir uns schweren Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft gegenüber, zunehmen-

dem Protektionismus im Welthandel, wachsenden Schuldenproblemen der Dritten Welt und verschärftem Wettbewerb. Aber Europa hat eine wichtige Rolle zu spielen, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ländern in unserem Teil der Welt und die Integration des europäischen Marktes können wichtige Ecksteine beim Aufbau einer friedvollen Welt, in der die Menschen sichere Arbeitsplätze haben und in der sie ohne Umweltgefährden leben, bilden. Die Früchte der Integration sollten dazu benutzt werden, Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung und die ständig grösser werdenden regionalen Ungleichgewichte zu beseitigen.